



„RACE TO THE BOTTOM“¹ „TRADING DOWN“²

ODER LIEBER STADTENTWICKLUNG ?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Werner,

liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,

in erster Linie werbe ich an dieser Stelle für die Annahme unseres Antrages zum Stadtentwicklungskonzept, wie wir ihn in die Sitzung des ASW und des HFA eingebracht haben.

ANTRAG ZUM STADTENTWICKLUNGSKONZEPT

Finanzierung / Planung

1. Für planerische Leistungen werden neben den von der Verwaltung vorgeschlagenen 20.000-€ weitere 80.000 € in den Haushalt für das lfd. Jahr 2013 eingestellt. Die planerischen Leistungen im Jahr 2013 als Vorarbeit stellen den Ausgangspunkt dar, um für 2014 konkrete Projekte mit Kosten, zu realisieren.
2. Für erste Umsetzungsmaßnahmen werden 50.000 € 2013 (in den Folgejahren 100.000 €) bereitgestellt.
3. Zur Koordinierung und teilweisen Realisierung der Projekte ist im Planungsamt eine weitere Ing-Stelle auszuweisen.

Die Punkte 2 und 3 sind bereits in die Vorlage 54/2013 2. Ergänzung eingeflossen, und damit Beschlussgrundlage. Zu Punkt 1 zitiere ich noch mal Teile unseres Antrages, unter welchen Kriterien die Maßnahmen in 2013 stehen sollen:

- Politischer Konsens
- Bürgerinteresse an aktiver Mitarbeit vorhanden
- Ökologischer Nutzen
- Schlüsselprojekte mit Synergieeffekten zwischen mehreren Elementen des Stadtentwicklungskonzeptes

¹ Kauffmann, A, et al (Hrsg.): Städte und Regionen im Standortwettbewerb. Neue Tendenzen, Auswirkungen und Folgerungen für die Politik. In: Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL. Band 238. S. 302 Hannover, 2012.

² Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Die Zukunft von Einfamilienhausgebieten aus den 1950er bis 1970er Jahren. Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Nutzung. Ludwigsburg, 2012. Vorlage 22/2013 ASW vom 24.01.13

Wer Personal und Sachmittel für die Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes einstellt, sollte zumindest die Option für planerische Konkretisierung des Stadtentwicklungskonzeptes schaffen.

Bisher war das nicht mehrheitsfähig, obwohl wir den politischen Konsens ausdrücklich als Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Mittel definiert haben. Wir beantragen erneut eine Abstimmung über unseren Antrag und ergänzen diesen Antrag um einen Sperrvermerk, sodass die Verwaltung sich ggf. die Freigabe dieser Mittel im Fachausschuss vor Inanspruchnahme erst holen muss und diese begründen muss.

Das Stadtentwicklungskonzept ist die kreative Antwort der Bürgerschaft auf zwei Trends, die mit den Fachbegriffen „Race to the bottom“ und „Down Trading“ einen Teil der Gefahren beschreiben, denen Kommunen generell, Erkrath im Besonderen ausgesetzt sind. Noch ist in einem konsensual beschlossenen Stadtentwicklungskonzept der Reaktionsspielraum für die Stadt gegeben. Sind wir erst einmal im Nothaushalt, gibt es diese positiv gestalterische Möglichkeit nicht mehr.

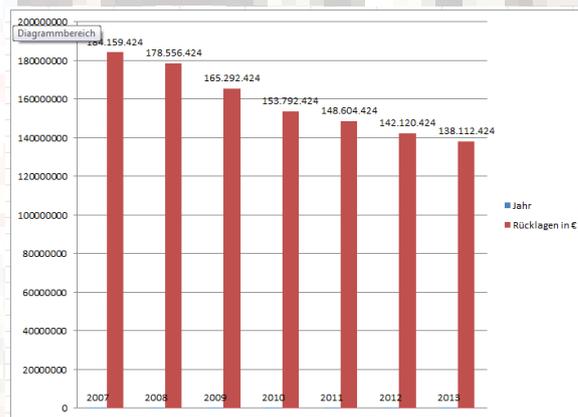
RACE TO THE BOTTOM

Mit „Race to the Bottom“³, ein Phänomen, für welches mir eine adäquate deutsche Übersetzung fehlt, wird in der Fachliteratur nicht nur das gegenseitige Gewerbesteuerdumping, mit welchem sich Kommunen gegenseitig unterbieten, (Beispiele Monheim⁴, Langenfeld und Hilden)⁵, beschrieben. Insgesamt steht so weniger Geld für die Gestaltung der schwieriger werdenden kommunalen Aufgaben im demographischen Wandel zur Verfügung. Folge ist der Niedergang des Niveaus der öffentlichen Daseinsgrundversorgung. Regionalpolitik wird immer stärker wettbewerbsorientiert statt bedarfsorientiert.

Ein Blick in unseren unausgeglichene Haushalt zeigt, dass eine Beteiligung Erkraths z.B. an dem Gewerbesteuerdumping ruinöse Folgen haben muss. Dieses Rennen hätten wir von vorne herein verloren.

Tun wir aber nichts, wird die allmählich schlechter werdende Vermögenslage (vgl. Abb.: Entwicklung der Allgemeinen Rücklage + Ausgleichsrücklage⁶) der Stadt, die trotz steigender Einnahmen schlechter wird (!), sich wie in vielen Jahren vorher weiter verschlimmern.

Das in diesem Jahr um 7 Mio. erneut wertverminderte Vermögen steht in einem immer ungünstiger werdenden Verhältnis zum Fremdkapital.



³ Kauffmann, A, et al (Hrsg.): Städte und Regionen im Standortwettbewerb. Neue Tendenzen, Auswirkungen und Folgerungen für die Politik. In: Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL. Band 238. S. 302 Hannover, 2012.

⁴ Das Steuerzahlerwunderland. Monheim senkt die Gewerbesteuer und saniert seinen Haushalt. In: Die NRW-Nachrichten im Kommunalmagazin 1/2013 S. 10.

⁵ rp-online 04.01.2013 Konkurrenzkampf mit der Gewerbesteuer; rp-online 12.12.2012 Langenfeld will Gewerbesteuer auch senken.

⁶ Jahresabschlüsse liegen noch nicht vor, daher hilfsweise hier diese eigene Berechnung.

DIE SCHERE ZWISCHEN ERTRÄGEN UND AUFWENDUNGEN BLEIBT

Unsere Aufwendungen durchstoßen in diesem Jahr den 100 Mio. € Deckel!

1. Wir bauen die U 3 Betreuung um 22 Plätze weiter aus.
2. Wir schaffen 23 neue Ganztagesplätze in Kitas
3. Alle von den Schulen beantragten OGS-Plätze werden geschaffen, 2013: 15 neue Plätze.
4. Wir wollen die Standards im Schulbereich (der Einstieg in die Planung des Neubaus der Grundschule Sandheide ist von uns schon im letzten Jahr gefordert worden) sichern.
5. Wir wollen eine Jugendhilfe finanzieren, in welcher der Aufwand um über eine halbe Million 2012 gestiegen ist.
6. Wir bauen den Rettungsdienst personell und durch die Indienststellung eines zweiten RTW aus.
7. Wir gehen den Bau der Wache Alt-Erkrath und der Hauptwache an, wir investieren in das Ehrenamt Feuerwehr.
8. Wir haben erhebliche planerische Aufwendungen zum Standort Betriebshof, Wertstoffsammelhof zu leisten.

ABLEHNUNG DES HAUSHALTES

Kann man verantworten, den Haushalt abzulehnen, wenn man damit die Umsetzung dieser sozial und ordnungspolitisch unverzichtbaren Maßnahmen gefährdet?

Mit einer Verringerung der allgemeinen Rücklagen, wird das verbliebene Vermögen zum 8. Mal in Folge schrumpfen. Laut Plan in einer Höhe von 7 Mio.

Dieser Haushalt verhält sich unfair gegenüber künftigen Generationen, es gibt keine intergenerative Gerechtigkeit:

Wir hinterlassen unseren Nachfahren Schulden und ein schwindendes Vermögen.

Es mangelt an Konsens im Stadtrat, Konsequenzen zu ziehen und Einnahmehöherungen und Kürzungen vorzunehmen.

Ein einfaches Beispiel war die Erkrather Straßenbeleuchtung. Das Gemeindeprüfungsamt sah hier „dringenden“ Handlungsbedarf:⁷

Kapitalverzehr
schadet
Ihrem Kind

⁷ Überörtliche Prüfung der Stadt Erkrath von Oktober 2008 bis Januar 2009

Die Ausgaben für die Straßenbeleuchtung bilden im interkommunalen Vergleich mit einem deutlichen Abstand von 37 Prozent zum nächst höheren Wert den Maximalwert ab. Die Energieausgaben liegen dabei aufgrund eines überdurchschnittlichen Strompreises wie auch Verbrauchs auf einem hohen Niveau. Bei den Unterhaltungsausgaben stellt die Stadt Erkrath wiederum den Maximalwert. Die Standards der Unterhaltungsleistungen wie auch die Entgelthöhen sollten überprüft und optimiert werden.

Trotz dieser klaren Aussage war kein Konsens im Rat herzustellen über:

- Abbau von Beleuchtungskörpern an jenen Straßen, für welche wir 1. noch nicht mal Straßenbaulastträger sind und für welche es 2. eine zumutbare, alternative, beleuchtete Wegführung innerorts gibt.
- Das Ende der Ungleichbehandlung, dass an manchen Stellen die Kosten für Lampen auf privatem Grund, deren Funktion ohne zwingendes öffentliches Interesse ist, von der Stadt geleistet werden.

Bei der Anpassung der Hundesteuersätze wurde noch nicht mal ein Inflationsausgleich erzielt.

Die Forderung, dass bei zwei Kindern trotz auskömmlichem Einkommens (!) z.T. gar keine Gebühr für die OGS zu bezahlen ist, halten wir für eine ungerechte Ungleichbehandlung gegenüber den zahlenden Eltern mit einem Kind.⁸

Epikur:

„Wem genug zu wenig ist, dem ist nichts genug.“

Zwar loben alle Fraktionen und viele Bürgerinnen und Bürger die Ansiedlungsabsicht eines für Arbeitsplätze und Kommunalfinanzen wichtigen Investors am Bessemer Feld. Die für die Ansiedlungsentscheidung aber mitentscheidende Voraussetzung, auch künftig Erweiterungsflächen in Aussicht zu stellen, dazu war nur ein Teil des Rates bereit (CDU, BmU, FDP).

Erstaunlicher Weise war es eine wiederum ganz andere Mehrheit (SPD, BmU, Grüne) die das dazu hilfreiche und offenkundig notwendige Instrument, die Schaffung einer Stelle in der Wirtschaftsförderung, durchgesetzt hat, damit das im Bestand auch möglich gemacht wird. Ich bin mir sicher, am Ende wollen alle die Väter dieses Erfolges gewesen sein.

Besonders SPD, BmU und Grüne stehen hier in der Verantwortung, zu zeigen, dass Bestandsentwicklung realisierbar ist. Auf dem Papier ist Bestandsentwicklung schnell niedergeschrieben, in der Praxis braucht dies große Anstrengung, Geduld und Fachwissen. Die Bestandsentwicklung ist bei schrumpfender Bevölkerung alternativlos.

Völlig spurenlos ist der Jahresbericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Vorlage 221/2012 verhält: „...wird angeregt, dass die Politik im Rahmen ihrer Steuerungsfunktion ergänzend kurz- bis mittelfristig ein Konzept entwickelt, wie ein dauerhafter Schuldenabbau erreicht werden könnte.“

⁸ Vgl WZ am 10.07.2012 „Eltern müssen für zweites Kind zahlen“.

Zusätzliche, nicht abgesicherte Haushaltsrisiken, entstehen durch das dominierende Maß an Fremdbestimmung über den Erkrather Haushalt:

Der Landschaftsverband finanziert seinen ständig steigenden Bedarf über die Kreisumlage. Insgesamt macht diese Abgabe ungefähr $\frac{1}{4}$ unseres Haushaltes aus.

Zwar machen die Ausgaben für Kultur im LVR nur einen kleinen Teil der gesamten Umlage aus, man tickt aber schon noch richtig, wenn man fragt, warum der Haushalt von Erkrath, ja sogar der Nothaushalt von Städten, über die Zwangsumlagen anteilig mit Ausgaben für z.B. einen „Schuhtick“ (Bild aus Hochdahl) belastet werden müssen.

Das Konnexitätsprinzip wird von der Landesregierung in Serie zu Lasten der Kommunen missachtet.

- Weder bekommen wir alle Ausgaben für den U3-Ausbau erstattet
- noch wird das bei der Inklusion so sein.
- Bei der Abundanzumlage droht Erkrath einen Beitrag an noch ärmere Kommunen leisten zu müssen. Der Verhungerte soll also vom Verhungerten gerettet werden.
- Der Bund darf im Rahmen des Fiskalpaktes ab 2016, die Länder ab 2020 grundsätzlich keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Fachleuten ist bereits jetzt klar, dass die Einhaltung der Schuldenbremse nur erreicht werden kann, wenn Aufgaben und deren Kostentragung „nach unten“ weiter gereicht werden.
- Das Gemeindefinanzierungsgesetz NRW benachteiligt den Kreis Mettmann und damit auch Erkrath.
- Jüngstes Beispiel ist der Vorschlag der Gesundheitsministerien, künftig auch Einkaufsdienste, Nachbarschaftshilfen und Betreuungsdienste für Pflegebedürftige zur Verpflichtung der Kommunen zu machen.⁹



⁹ <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/NRW-Landesregierung-foerdert-Wohngemeinschaften-article998956.html> 08.03.2013

Auf die Risiken steigender Zinslasten bei unseren 38 Mio. € betragenden Schulden, ist ebenfalls ein Augenmerk zu legen.

Schulden des Staates/der Stadt können nur mit Gewinnen der Zukunft bezahlt werden.

Diese Gewinne können nur durch Wachstum generiert werden.

In einer endlichen Welt ist aber unendliches Wachstum nicht möglich. Wachstum im notwendigen Ausmaß ist auch gar nicht mehr zu erwarten. In Wirklichkeit belasten wir mit dieser Politik die nachfolgende Generation in unverantwortlicher Weise.¹⁰

Wer Wachstum bei schrumpfender Bevölkerung stoppen will, der darf keine Schulden machen!



Schulden von heute sind der Umweltverbrauch von morgen.

Das größte Risiko ist aber für Erkrath das demographische Problem.

Immer weniger im Beruf stehende Menschen stehen einem immer größer werdenden Anteil älterer Menschen gegenüber. Die Wüstenrot Studie hat gezeigt, dass langsam aber sicher z.B. in dem untersuchten Gebiet in Millrath-West und Willbeck ein „Trading Down“ Effekt¹¹ zu beobachten ist.

Dieser Haushalt steht dafür, dass wir also der kommenden Generation

- Schulden,
- schrumpfendes Vermögen,
- Vermögen das nur mit hohen Kosten wieder instandgesetzt werden kann (die Brücken, die Feuerwehrhauptwache, die wir im Bestand zu erneuern haben, sind – auch inflationsbereinigt - viel teurer, als ihre „Ersterrichtung“ kostete, weil das marode Zeug zuerst entsorgt werden muss.)
- und Wohnviertel mit schrumpfender Attraktivität (Trading Down) hinterlassen.

Verantworten kann man diesen Haushalt also nur, wenn man im Interesse der kommenden Generation,

1. den notwendigsten Bedürfnissen dieser heranwachsenden Generation gerecht wird,
2. wenigstens ein Element, eine Strategie entwickelt und auch umsetzt, welche auf den Sog des demographischen Problems in Erkrath antwortet.

Dies ist die Realisierung des Erkrather Stadtentwicklungskonzeptes.

Es stellt sich mit Kreativität und Bürgerbeteiligung (Urban Farming, Jung kauft Alt¹², Imagebildung usw.) dem Wettbewerb um junge Familien, es setzt auf Qualität statt auf quantitatives Wachstum.

¹⁰ Vgl. dazu: Skidelsky, R. u. E.: Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. München, 2013. Sedlacek, T.: Die Ökonomie von Gut und Böse. Berlin, 2012.

¹¹ ASW vom 24.01.13

Zwischen der Meinungsbildung dazu und der Umsetzung darf keine große Lücke entstehen, deswegen muss es seine Spuren in diesem Haushalt 2013 hinterlassen.

BEKOMMEN DIE ERKRATHERINNEN UND ERKRATHER FÜR 100 MIO. € GENUG GEGENLEISTUNG VON DER STADTVERWALTUNG?

In der *BmU*-Fraktion, wie in der Bevölkerung, gibt es viele, die das Gefühl haben, dass das Hauptgewicht im Verhältnis von Kosten und Nutzen dieser Verwaltung zu stark auf der Kostenseite liegt.

Viele Beschlüsse des Stadtrates werden nicht oder verspätet umgesetzt. Oft gibt die Verwaltung Personalmangel als Ursache an. Beispielhaft für eine derartige Verspätung ist z.B. das Radverkehrskonzept, dessen Erstellung 2008 beschlossen wurde und dessen Vergabe nun endlich auf der Tagesordnung steht.

Das Gemeindeprüfungsamt regte schon 2009 Organisationsuntersuchungen für das Immobilienmanagement und für das Tiefbauamt an. Die Organisationsuntersuchung für das Immobilienmanagement liegt vor, kommt nicht zu dem Ergebnis, dass bei „normalem“ Betrieb mehr Stellen notwendig sind. Im Gegenteil, es sei jetzt mit einer Stelle überbesetzt. Das ist auch nicht überraschend, denn der GPA - Prüfbericht aus dem Jahr 2009 kommt zu dem Ergebnis, dass die Personalausgaben der Stadt Erkrath in der Gebäudewirtschaft bei 6,12 € / m² Bruttogeschossfläche weit über dem Mittelwert vergleichbarer Kommunen mit 3,72 € liegt. Selbst das bisherige Maximum von 5,86 € haben wir in Erkrath also noch getoppt. Die seit Sommer 2012 vorliegenden Verbesserungsvorschläge zur Organisation des Immomanagement werden aber andererseits auch nicht – soweit für die Politik erkennbar- umgesetzt. Das Gutachten bescheinigt auskömmliche Personalausstattung, dann muss die Verwaltung auch liefern ohne zu jammern. Für Sonderentwicklungen (Neubau Hauptwache, GS Sandheide, Jugend Café usw.) sollte die Verwaltung dem Rat nachvollziehbare Personalplanungen vorlegen. Es ist nicht Aufgabe des Rates, derartige Konzepte auszuarbeiten.

Anders im Tiefbauamt. Die Organisationsuntersuchung Tiefbauamt wurde Jahr für Jahr seit 2009 angekündigt, aber bis heute noch nicht mal beauftragt.

Wie soll die Politik damit umgehen?

Sie kann doch gar nicht anders, als dem permanenten Hilferuf des Amtsleiters folgen und eine Stellenmehrung beschließen. Der Verwaltungsvorstand lässt die Politik ohne vernünftige Beratungsgrundlage „schmoren“.

Trotz dieser Stellenausweitung wird der Verwaltungsvorstand u.U. zu seinem Ziel kommen:

Der Arbeitsmarkt für Hoch- und Tiefbauingenieure ist sowieso leergefegt.

¹² S. 241 Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Die Zukunft von Einfamilienhausgebieten aus den 1950er bis 1970er Jahren. Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Nutzung. Ludwigsburg, 2012.

SCHAFFUNG EINER MODERNEN VERWALTUNG

Selbst ein Haushaltsplan sollte lesbar sein. Das NKF ist seit 2008 eingeführt. Trotzdem mangelt es bei vielen Produkten an steuerungsrelevanten Zielformulierungen, Erläuterungen und Kennzahlen. Immer wieder wurde für das jeweils kommende Jahr Besserung gelobt.

Immerhin gibt die Verwaltung von sich selber eine realistische Ist-Einschätzung ab, wenn sie auf Seite 52 des Haushaltsplanes als Ziel formuliert:

„ Schaffung einer modernen effizienten und bürgerfreundlichen Verwaltung.“

Schaffen will man, was offenkundig noch nicht vorhanden ist.

Die *BmU*-Fraktion wünscht bei diesem Schaffensprozess, besonders Ihnen Herrn Bürgermeister Werner, viel Erfolg 2013!

Bernhard Osterwind

März 2013



EBERKRATH